

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

28. Jahrgang

Berlin, den 19. Mai 1961

Nummer 20

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Mai 1961

Die internationale Situation

Mit der sich anbahnenden wirtschaftlichen Wiederbelebung in den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Gefahr eines länger andauernden Konjunkturrückgangs zunächst einmal gebannt, bevor noch die amerikanische „recession“ auf die übrigen Länder der westlichen Weltwirtschaft übergreifen vermochte. Als weltwirtschaftliches Zentralproblem rückt jetzt wieder das Ungleichgewicht in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen in den Brennpunkt der Diskussion. Die Lösung dieses Problems ist trotz verbesserten Konjunkturklimas in der westlichen Welt kaum weniger dringender als zuvor.

Da die D-Mark- und Guldenaufwertung, die für eine Beseitigung der Zahlungsbilanzungleichgewichte nicht ausreicht, die internationale Währungsspekulation belebte, statt beruhigte, stehen vorab Maßnahmen zur Stützung der von der Spekulation benachteiligten Währungen im Vordergrund der allgemeinen Erörterung. Zwar sind durch derartige Maßnahmen die fundamentalen Außenwirtschaftsungleichgewichte nicht zu beheben, doch würden sie die Vorbedingung für die Bereinigung der unausgeglichene internationalen Wirtschaftsbeziehungen ohne starke Beeinträchtigung des weltwirtschaftlichen Wachstums schaffen. Die Volkswirtschaften mit Zahlungsbilanzdefiziten gewinnen dadurch Spielraum für eine Produktivitätsfortschritte begünstigende und damit ihre Exportkraft stärkende wirtschaftliche Expansion und brauchen nicht zu Restriktionsmaßnahmen Zuflucht zu nehmen. Der Vorwurf ist daher unberechtigt, daß derartige Maßnahmen dem eigentlichen Problem aus dem Wege gehen und auf eine Einschränkung, wenn nicht gar Rücknahme der mühsam errungenen freien Währungsconvertibilität hinauslaufen, deren letzte Konsequenzen man zu ziehen scheut. Freie Währungskontvertibilität ist nicht mit einer laissez-faire-Weltwirtschaft gleichzusetzen. Auch die freie Währungskontvertibilität bedarf einer besonnenen währungspolitischen Unterstützung, wenn unerwünschte weltwirtschaftliche Entwicklungen vermieden werden sollen.

Die gegenwärtige internationale Währungssituation ist dadurch gekennzeichnet, daß sich Währungen einer allgemeinen Nachfrage erfreuen, die bisher nur eine untergeordnete Rolle als internationales Zahlungsmittel spielten. Zu ihnen gehören vor allem die Währungen führender kontinental-europäischer Volkswirtschaften. Ihre Beliebtheit verdanken diese Zahlungsbilanzüberschüssen, durch die aber der übrigen Weltwirtschaft Liquidität nicht zugeführt, sondern ent-

zogen wird. Eine Änderung in der Haltung dieser Länder ist unumgänglich, wenn nicht der Mechanismus der freien Kontvertibilität die währungsschwachen Länder in Schwierigkeiten bringen soll, die mit einem gesunden weltwirtschaftlichem Wachstum unvereinbar sind. Solange der übrigen Welt die begehrten Währungen nicht im Leistungs- und Kapitalverkehr zufließen, müssen sich die betreffenden Volkswirtschaften mehr als bisher dazu bereit finden, Währungskredite zu gewähren, damit die Nachfrage nach ihren Währungen ohne weltwirtschaftlich unerwünschte Verknappungserscheinungen befriedigt werden kann. Das sogenannte Baseler Abkommen, in dem sich die Zentralbanken der führenden westeuropäischen Volkswirtschaften bereit erklärten, schwache Währungen dadurch zu stützen, daß sie auf ihren Umtausch in andere Devisen oder Gold vorübergehend verzichten, ist ein erster Schritt in Richtung auf die volle Übernahme der weltwirtschaftlichen Verpflichtungen, die den westeuropäischen Ländern aus der verbesserten Position ihrer Währungen erwachsen sind.

Es wäre verfehlt, wenn sich die westeuropäischen Länder längerfristigen, das Baseler Provisorium ablösenden Währungsabkommen in der Meinung widersetzen, daß ihnen damit Lasten aufgebürdet würden, die die währungsschwächeren Länder nicht mehr zu tragen gewillt sind. Nicht wenn Währungen infolge wachsender Attraktivität die Funktionen internationaler Zahlungsmittel übernehmen, sondern wenn sie im internationalen Zahlungsverkehr ihre Anziehungskraft verlieren, werden die betroffenen Volkswirtschaften Belastungen ausgesetzt. So sind die Vereinigten Staaten und Großbritannien nicht etwa deswegen benachteiligt, weil ihre Währungen die Rolle internationaler Zahlungsmittel spielen, sondern allein deshalb, weil dem Dollar und dem Pfund gegenwärtig keine so große Wertschätzung entgegengebracht wird wie einigen westeuropäischen Währungen. Ist die Währung eines Landes als internationales Zahlungsmittel allgemein gefragt, so erlangt das betreffende Land sogar einen kaum zu unterschätzenden Vorteil. Gerät es ins Zahlungsbilanzdefizit, so ist es in der Lage, diesen Saldo zunächst einmal durch Zahlung in eigener Währung auszugleichen. Natürlich sind diesem Vorgehen, wie die Zahlungsbilanzentwicklung der Vereinigten Staaten in der Nachkriegszeit deutlich zeigt, Grenzen gesetzt, weil bei anhaltendem Zahlungsbilanzdefizit die der betreffenden Währung entgegengebrachte Wertschätzung abnimmt. Immerhin hat ein solches Land einen Manövrierspielraum, der einer hohen Gold- und Devisenreserve entspricht. Stichhaltige Bedenken gegen die Einräumung von Stützungs-

krediten, die einer knappen Währung ermöglichen, eine größere Rolle als internationales Zahlungsmittel zu spielen, sind somit kaum vorzubringen.

Bei einer Neugestaltung des internationalen währungspolitischen Zusammenspiels muß natürlich auch darauf Bedacht genommen werden, daß die Weltwirtschaft nicht übermäßig mit Liquidität angeschwemmt werden darf. Eine Zusammenarbeit der Zentralbanken, die auf die Stützung der schwachen Währungen gerichtet ist, kann leicht die Gefahr einer unerwünschten Liquiditätsausweitung heraufbeschwören, wenn der Umtausch schwächerer in bevorzugte Devisen durch Stützungskredite ermöglicht wird.

Eine sinnvolle Währungsneuordnung verlangt daher eine zentrale Stelle, deren Aufgabe die Koordinierung der Währungspolitik wäre. Diese Institution hätte einerseits darüber zu wachen, daß die Defizitländer nicht in den Genuß von weltwirtschaftlich nicht mehr gerechtfertigten Stützungskrediten kämen, und andererseits zu entscheiden, in welchem Umfang sich die Überschußländer an Gewährung von Stützungskrediten beteiligen müßten, damit ein reibungsloser internationaler Zahlungsverkehr gesichert wäre. Die gegenwärtig diskutierten Vorschläge zur Umgestaltung des Weltwährungsfonds laufen darauf hinaus, ihm derartige Funktionen zu übertragen. Ihre Verwirklichung könnte die Grundlage schaffen, auf der die gegenwärtig angespannte Weltwährungslage zu überwinden wäre.

Westdeutschland

Wenn die Zuwachsrate der Gesamterzeugung der westdeutschen Wirtschaft nach den jetzt vorliegenden Schätzungen für dieses Jahr bereits höher angesetzt werden konnte als dies in den Prognosen Ende vergangenen Jahres noch vertretbar erschien, so sind für diese optimistischere Beurteilung des Angebotspotentials nicht zum wenigsten auch die sehr positiven Produktionsergebnisse der industriellen Erzeugung während der ersten Monate dieses Jahres maßgebend gewesen. Zwar hat sich die Erzeugungszunahme der Industrie im März gegenüber den Vormonaten wieder verlangsamt, nachdem die Industrieproduktion gerade in den Wintermonaten entgegen der Saisontendenz konjunkturell kräftig zugenommen hatte. Die Gründe für die Abflachung der Produktionskurve im März sollten jedoch nicht einseitig in der kontinuierlichen Verschärfung der Arbeitsmarktsituation gesehen werden. Ganz abgesehen davon, daß die zunehmende Verknappung der Arbeitskräfte schon seit langem als ständige Begleiterscheinung der westdeutschen Hochkonjunktur ein gewohntes Datum ist, hat dieser Engpaß für die industrielle Erzeugung trotz aller Hemmnisse innerhalb einzelner Branchen bei weitem nicht die Bedeutung wie für den nichtindustriellen Bereich. Der Beschäftigungszuwachs in der industriellen Erzeugung ist jedenfalls immer noch nahezu unverändert stark, und er wird auch in Zukunft keine ins Gewicht fallenden Einbußen erfahren, wenn es gelingt, die Zuwanderung von Arbeitskräften aus anderen Wirtschaftsbereichen und aus dem Ausland weiter zu intensivieren. Von vorübergehendem Einfluß auf die Verlangsamung der Erzeugung im industriellen Bereich dürfte jedoch im März, dem Monat der Aufwertung, die durch diese zunächst aufgekommene Unsicherheit über die Chancen der weiteren Absatzentwicklung gewesen sein. Dieser Faktor, der das Unternehmerverhalten hinsichtlich der weiteren Ausdehnung der Produktion zunächst negativ beeinflusst haben dürfte, hat inzwischen aber angesichts des unerwartet günstigen Ergebnisses der Hannoverischen Frühjahrsmesse wieder an Bedeutung verloren.

Das Angebots/Nachfrage-Verhältnis im industriellen Bereich zeigt in der Tendenz eine weitere, wenn auch nur allmähliche Entlastung. Die Auftragsentwicklung verläuft gedämpfter, auch die Preiserwartungen sind sehr viel gemäßiger als noch vor Monaten. Die durch die Aufwertung zusätzlich verstärkte Konkurrenz des Auslandes und die Erwartungen der Wirtschaft, die

diesen wachsenden Konkurrenzdruck in Rechnung stellt, üben schon heute einen sehr heilsamen dämpfenden Einfluß auf das Verhalten der Unternehmer hinsichtlich ihrer Preisgestaltung aus.

Anders als die Marktkonstellation der industriellen Erzeugung zeigt der Baumarkt, und zwar der Markt für Hochbauleistungen, unverändert alle Merkmale eines in starken Preissteigerungen für Bauleistungen zum Ausdruck kommenden Ungleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage. Besonders bedenklich ist hier vor allem, daß dieses Ungleichgewicht zwischen möglichem Angebot und Nachfrage nach Bauleistungen die unverkennbare Tendenz zeigt, sich zu vergrößern. Diese zweifellos unerwünschte Entwicklung hat auf der Nachfrageseite bereits ein so großes Eigengewicht erhalten — wobei insbesondere die auf weitere Preissteigerungen gerichteten Preiserwartungen der Auftraggeber ein nicht unwichtiger Faktor für die zunehmende Intensität der Nachfrage sind —, daß auch alle bisher vorgeschlagenen und vorgesehenen Maßnahmen zur Dämpfung der übersteigerten Nachfrage nach Bauleistungen, selbst wenn sie in diesem Jahr noch durchgeführt werden würden, das Gesamtbild der überhitzten Baukonjunktur im weiteren Verlauf dieses Jahres kaum mehr wesentlich ändern würden. Natürlich können diese Maßnahmen durchaus nützlich sein, auch wenn sie nicht sofort, sondern erst im nächsten Jahr wirksam werden. Vorauszusetzen ist allerdings, daß die öffentlichen Eingriffe nicht nur jetzt in der dämpfenden Richtung ausgeführt werden, sondern, wenn es sich zukünftig als notwendig erweisen sollte, auch in der anderen — expansiv — wirkenden Richtung.

Auch die Befürchtungen, daß die seit der Aufwertung von der Bundesbank mit verstärktem Nachdruck verfolgte Politik der Zinssenkung gerade für die an sich zinsempfindlichen Bauinvestitionen zu einem höchst unerwünschten Agens zur verstärkten Ausgabensteigerung werden könnte, sind in bezug auf die Finanzierung des diesjährigen Bauvolumens hinfällig, da diese praktisch abgeschlossen ist. Eine durch Zinssenkung ermöglichte Erweiterung des Finanzierungs- und damit auch des Ausgabenspielraums für Bauvorhaben aller Art würde somit wiederum für die diesjährige Bauperiode nicht mehr relevant werden.

Für eine noch im orthodoxen Denken befangene Wirtschaftspolitik bleibt die Zinssenkung unter den Bedingungen einer starken und ungebrochenen Hochkonjunktur zwar trotzdem ein Anachronismus, aber die Folgerung, daß dieser Widerspruch durch eine harte binnenwirtschaftlich orientierte Geld- und Kreditpolitik gelöst werden könnte, beruht auf völlig irrigen Voraussetzungen. Denn, wie gerade die jüngsten Erfahrungen mit aller Deutlichkeit gezeigt haben, wird der Aufschwung bei Kreditverteuerung im Inland in wachsendem Maße durch Rückgriff der Wirtschaft auf Mittel des Auslandes finanziert, wobei sich ein größer werdendes Zinsgefälle für den ausländischen Kreditgeber als sehr wirksamer Anreiz zur verstärkten Anlage von Mitteln in Westdeutschland erwiesen hat. Da wegen der Substitution des inländischen Kredits durch den ausländischen eine wirksame Beeinflussung des Aufschwungs von der monetären Seite her nicht möglich ist, besteht auch keine Alternative zwischen Kreditverteuerung und vermeintlicher Dämpfung der Konjunktur einerseits oder Kreditverbilligung und zusätzlichem Antrieb für die Konjunktur andererseits. Vielmehr gibt es nur die Alternative, den Mittelzustrom aus dem Ausland, soweit er aus Zinsdifferenzen oder rein spekulativen Motiven resultiert, entweder weiter zuzulassen, also auf Zinssenkung zu verzichten, oder diesen Zustand abzuwehren, was eine weitere Zinssenkung voraussetzt. Daß das letzte nicht nur aus zahlungsbilanzpolitischen Gründen das allein Vernünftige ist, folgt nicht nur aus den Substitutionseffekten, die die beabsichtigte Einschränkung der inländischen Kreditversorgung verhindern, sondern auch daraus,

Mitteld deutscher Staatshaushalt
Ausgaben (in Mrd. DM)

Ausgabeposten	Plan 1960	Plan 1961
Zuführungen an volkseigene Wirtschaft		
Verluste und Umlaufmittel	2,21	2,44
Nettoinvestitionen		
Industrie	5,14	4,94
Landwirtschaft	0,91	0,87
Sonstige	1,35	1,27
Forschung und Entwicklung	1,25	1,39
Ausgaben im Bereich „Land- u. Forstwirtschaft“		
Stützung der LPG-Betriebe	0,62	1,09
Ausgaben der MTS und RTS	1,29	1,07
Sonstige Ausgaben		0,13
Preiszuschüsse „Erfassung und Aufkauf“	4,50	4,72
Öffentliche Verwaltungen und Einrichtungen		
Bruttoinvestitionen	1,89	1,55
Kommunalwirtschaftsbetriebe	2,01	0,53
Straßenbau	0,54	0,57
Allgemeine Verwaltung	2,75	2,75
Unterhalt der Volksarmee	1,00	1,00
Volksbildung, Wissenschaft ¹⁾		0,13
Gesundheits- und Sozialwesen ²⁾	8,46	8,13
Wohnungs-, Zuschüsse u. Folgeinvestitionen ³⁾	0,63	0,53
Langfristige Kredite		
Wohnungsbau	1,84	1,63
Rationalisierungskredite der Industrie	0,25	0,25
Land- und Forstwirtschaft	1,08	0,64
Sonstige	0,02	0,42
Sozialversicherung		
Arbeiter und Angestellte	7,85	8,31
Selbständige	0,50	1,25
Nicht genannte Ausgaben	2,97	2,88
Gesamtbetrag der Ausgaben	47,56	48,75
Doppelzählungen (Finanzausgleich)	2,98	1,31
Überschuß	0,01	0,01
Kassenbestand	0,26	1,28
Gesamtausgaben lt. Plan	50,81	51,35

1) Davon 0,31 Mrd. DM zur rationellen Nutzung der von den MTS übernommenen Maschinenbestände. — 2) „Ist“summe als „Soll“summe eingesetzt. — 3) Die im Gesetz genannten Beträge enthalten auch einen Teil der Bruttoinvestitionen, die unter „Öffentliche Verwaltungen u. Einrichtungen“ ausgewiesen werden. Hier für 1960 mit rd. 1 Mrd. DM und 1961 mit rd. 0,8 Mrd. DM geschätzt und abgesetzt. — 4) Die im Gesetz genannten Beträge enthalten auch den von den Wohnungsverwaltungen unmittelbar aufzubringenden „Erhaltungsaufwand“ sowie „Eigenleistungen“, die hier abgesetzt wurden. — 5) Vermutlich zur Finanzierung von Aufwendungen bestimmt, die an anderer Stelle bereits ausgewiesen wurden. — 6) Lediglich Zuschußbedarf.

gestellt worden. Ferner müssen aber auch die Zuweisungen an die volkseigene Wirtschaft, die insbesondere Verlustausgleiche und Umlaufmittelzuführungen enthalten, beträchtlich hinter den Ansätzen im Haushaltsplan zurückgeblieben sein. Zumindest für die Umlaufmittelzuweisungen scheint jedoch, wie die einschlägigen Anordnungen erkennen lassen, ein gewisser Ausgleich durch stärkere Kreditbeanspruchung erfolgt zu sein.

Entgegen der Entwicklung in diesen Bereichen scheinen die Gesamtausgaben für kulturelle und soziale Zwecke mit Mehrausgaben von vielleicht 0,5 Mrd. DM (einschließlich Sozialversicherung) nicht unbedeutend höher gelegen zu haben als im Haushaltsplan vorgesehen war. Mit Bestimmtheit haben die Ausgaben im Bereich der Sozialversicherung für Lohnausgleich und sonstige Barleistungen auf Grund eines die Voranschläge stark überschreitenden Kranken-

standes um rund 0,25 Mrd. DM über den Voranschlägen gelegen. Im übrigen enthält dieser Bereich aber auch einen großen Teil von Ausgaben, über die normalerweise wenig gesagt wird (unter Sport z. B. wahrscheinlich die vormilitärische Ausbildung u. ä., unter Kultur vielerlei Ausgaben für politische Zwecke, die unter Titeln, wie „Kulturelle Massarbeit“, zusammengefaßt werden) und bei denen Ausgabenerhöhungen ohne Rücksicht auf die ökonomischen Gegebenheiten und die finanziellen Möglichkeiten denkbar erscheinen.

Für den Staatshaushaltsplan 1961 werden Gesamteinnahmen eingesetzt, die etwa 6 vH über den tatsächlichen Einnahmen des Vorjahres liegen, die des Staatshaushaltsplanes von 1960 aber nur wenig übersteigen. Innerhalb der Gesamteinnahmen sollen die Abführungen seitens der volkseigenen Industrie um rund 10 vH über dem Vorjahrs-Ist liegen. Dieser gegenüber der im Volkswirtschaftsplan festgelegten Erhöhung der Industrieproduktion um 7,2 vH erstaunlich starke Einnahmenezuwachs deutet vielleicht darauf hin, daß die Entwicklung der Abführungen im Jahre 1960 durch besonders ungünstige einmalige Umstände bedingt war, die man künftig vermeiden zu können hofft. Ferner spielen hier aber auch Strukturfragen — Minder- und Mehrproduktion von hochbesteuerten Konsumgütern — eine Rolle.

Bei den für 1961 geplanten Ausgaben wird nicht etwa der nicht erfüllte Plan für 1960 nunmehr mit einer gewissen Verzögerung zu rekonstruieren versucht, ebensowenig werden aber auch die 1960 tatsächlich erreichten Ausgabenbeträge ungefähr gleichmäßig erhöht. Die Ausgaben für den Gesamtbereich der Investitionen in der oben erwähnten Abgrenzung sollen z. B. um rund 8 vH gegenüber dem vorjährigen Ist-Beträge steigen, liegen damit aber nur bei knapp 95 vH des Planes von 1960. Die Ausgaben für den Wohnungsbau erreichen, trotz Erhöhung um 7 vH, nur etwa 80 vH des Vorjahrsplans. Umgekehrt sollen die Ausgaben für die Bereiche Kultur und Sozialwesen (einschließlich Sozialversicherung) nur um etwa 3 vH gegenüber den tatsächlichen Vorjahrsausgaben steigen, damit aber etwa 8 vH höher liegen als im Haushaltsplan von 1960. Die Steigerung entfällt nahezu gleichmäßig auf die Ausgaben der Sozialversicherung und die der anderen Bereiche.

Wenn man die Ausgabenfestsetzungen gegenüber den im Vorjahr erreichten Ausgaben zugrunde legt, zeigt sich das Bestreben, nach Möglichkeit das Produktionswachstum durch Erhöhung der Investitionsausgaben zu stärken. Umgekehrt ergibt der Vergleich der Pläne von 1960 und 1961, daß diesem Bestreben durch die tatsächlichen ökonomischen, vielleicht auch politischen Bedingungen Grenzen gesetzt sind. Die zu Beginn des Siebenjahresplanes auf Grund des zunächst relativ starken Wachstums der Industrieproduktion beträchtlich erhöhte Investitionsquote scheint wieder etwas nach unten korrigiert werden zu müssen. Weder hat der Verwaltungsapparat die gründliche Vorbereitung der vielen vorgesehenen Objekte voll zu bewältigen vermocht, noch ist angesichts der knappen Bau- und Ausrüstungskapazitäten deren Durchführung ganz gelungen. Auf der anderen Seite aber werden die finanziellen Mittel durch unerwartet hohe Aufwendungen für Sozialleistungen und Bildungswesen im Interesse der Erhaltung und Höherqualifizierung des Arbeitskräftepotentials belastet. Im übrigen waren auch wohl Umdispositionen erforderlich, um die Verbrauchsgüterversorgung den steigenden Privateinkommen entsprechend zu verstärken.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 u. Bonn, Koblenzer Str. 170.
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

Gegenstand	Einheit ¹⁾		1960												1961		
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Ver. St. v. Amerika																	
Bruttosozialprodukt	Mrd. \$	V ¹⁶⁾	.	.	501,3	.	.	505,0	.	.	503,5	499,7	
Privater Verbrauch	"	" ¹⁶⁾	.	.	323,3	.	.	329,0	.	.	328,3	329,0	
Bruttoinvestition	"	"	
einschl. Außenbeitrag	"	"	
Öffentlicher Bedarf	"	" ¹⁶⁾	.	.	80,5	.	.	77,5	.	.	74,5	
Erwerbstätige ¹⁾	1000	" ¹⁶⁾	64020	64520	64267	66159	67208	68579	68689	68282	67767	67490	67182	66009	64452	64655	65516
Arbeitslose	"	" ¹⁶⁾	4149	3931	4206	3660	3459	4423	4017	3788	3388	3579	4031	4540	5385	5705	5495
Ind. Produktion ²⁾	1957 = 100	D	111	110	109	109	110	109	110	108	107	107	105	103	102	102	102
Lagerhaltung verarb. Ind. ³⁾	Mrd. \$	E	53,3	53,9	54,3	54,7	55,0	55,1	54,9	55,0	54,7	54,4	54,0	53,9	53,5	.	.
Außenh., Generaleinfuhr	Mill. \$	S	1143	1289	1378	1261	1262	1307	1150	1229	1160	1157	1161	1157	1124	1046	1231
Generalausfuhr	"	"	1561	1576	1749	1818	1804	1737	1699	1609	1610	1744	1797	1797	1647	1672	1934
Goldbestand	"	E	19454	19429	19410	19386	19356	19343	19245	19052	18870	18571	18058	17954	17441	17373	17389
Konsumkredite ¹⁰⁾	"	S	39738	39785	40020	40651	41125	41752	42050	42378	42517	42591	42703	43281	42782	42264	.
Emissionen ⁴⁾	"	E	1958	2127	2077	4579	1951	2493	1626	3177	1822	1799	1995	1981	1712	.	.
Aktienkurse (500 Aktien) ⁵⁾	1941/43 = 100	D	58,03	55,78	55,02	55,78	55,22	57,26	55,84	56,51	54,81	53,73	55,47	56,80	59,73	62,17	64,12
Rendite öff. Anleihen	%	"	4,37	4,22	4,08	4,17	4,16	3,99	3,86	3,79	3,82	3,91	3,93	3,88	3,89	3,81	3,78
Staatscinnahmen	Mill. \$	S	5425	9289	12917	7468	9725	12804	3976	8590	10211	9641	7900	8751	5537	9153	.
Staatsausgaben	"	"	6157	6142	6423	6032	6073	6521	6172	6803	6793	6829	6773	6847	6470	6200	7000
Großhandelspreise	1947/49 = 100	D	119,3	119,3	120,0	120,0	119,7	119,5	119,7	119,2	119,2	119,6	119,6	119,5	119,8	119,8	119,8
Lebenshaltungskosten ⁷⁾	17. 1. 1956 = 100	M	125,4	125,6	125,7	126,2	126,3	126,5	126,6	126,6	126,8	127,3	127,4	127,5	127,5	127,5	127,5
Großbritannien																	
Bruttosozialprodukt	Mill. £	V	.	.	5235	.	.	5601	.	.	5461	.	.	5814	.	.	
Privater Verbrauch	"	"	.	.	3874	.	.	4170	.	.	4172	.	.	4424	.	.	
Bruttoinvestition	"	"	
einschl. Außenbeitrag	"	"	
Öffentlicher Verbrauch	"	" ¹⁶⁾	.	.	1053	.	.	1031	.	.	997	.	.	1106	.	.	
Erwerbstätige ¹⁾	1000	E	23335	23338	23343	23420	23523	23662	23771	23779	23858	23875	23711	23682	23695	.	
Registrierte Arbeitslose	"	" ¹⁶⁾	460,6	450,0	413,2	391,2	341,2	305,1	292,0	321,4	305,2	328,5	351,8	365,0	418,9	389,7	350,8
Ind. Produktion ²⁾	1954 = 100	D	120	123	126	120	125	119	109	105	124	127	126	119	120	124	.
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. £	S	355,0	355,0	379,8	362,0	377,9	374,1	370,5	369,0	350,5	366,5	407,8	370,8	391,9	341,9	384,0
Spezialausfuhr	"	"	316,3	295,8	308,1	307,3	317,5	275,0	274,8	279,8	257,2	342,3	302,7	330,1	297,1	309,9	
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	2885	2722	2780	2831	2859	2892	2996	3072	3108	3199	3627	3231	3245	3195	3021
Emissionen ⁴⁾	Mill. £	"	.	.	150,4	.	.	142,7	.	.	149,0	.	.	171,3	.	146,3	
Aktienkurse (Fin. Times)	1935 = 100	D	331,1	322,5	317,8	315,4	308,9	318,0	313,1	325,7	331,1	325,9	312,0	300,6	311,9	321,3	337,7
Rendite öff. Anleihen	%	"	5,15	5,16	5,28	5,35	5,38	5,55	5,64	5,60	5,48	5,52	5,44	5,63	5,75	5,84	5,87
Staatscinnahmen	Mill. £	S	899,9	771,0	605,1	321,8	436,7	380,2	341,1	460,1	409,9	357,2	409,1	421,6	853,1	805,3	757,4
Staatsausgaben	"	"	453,8	423,9	553,4	445,3	360,6	509,4	415,7	461,1	505,9	386,1	406,6	648,0	420,1	474,9	703,6
Großhandelspreise	"	"
Industrieller Güter ¹⁰⁾	1954 = 100	D	111,9	111,9	111,9	112,5	113,0	113,2	113,4	113,5	113,6	113,6	113,8	114,1	114,3	114,4	114,8
Lebenshaltungskosten ¹¹⁾	17. 1. 1956 = 100	"	109,9	109,9	109,7	110,3	110,3	110,9	111,1	110,4	110,5	111,4	111,9	112,2	112,3	112,3	112,7
Frankreich																	
Arbeitslose	1000	E	174,3	170,0	152,9	140,8	124,8	108,1	103,0	103,2	107,7	116,4	127,7	132,9	148,9	148,0	129,7
Ind. Produktion	1952 = 100	D	176	177	174	179	183	181	169	119	177	181	192	189	185	189	187
Außenh., Spezialeinfuhr	Mrd. frs./Mill. NF	S	2494	2700	2806	2664	2659	2463	2545	2216	2462	2337	2620	3040	2394	2605	3230
Spezialausfuhr	"	"	2925	2997	3004	2747	2841	2732	2784	2119	2717	3065	2932	3025	2683	2754	3360
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	1738	1781	1854	1932	2026	1987	1988	2098	2110	2136	2068	2070	2143	2235	2398
Emissionen v. Oblig.	Mrd. frs./1000NF	"	78,0	191,4	250,6	326,1
Aktienkurse (124 Ind.-Akt.)	31. 12. 58 = 100	D	141,1	147,2	143,9	152,7	155,7	162,0	167,2	175,2	165,3	159,6	167,0	162,5	107,9	114,0	118,5
Rendite öff. Anleihen	%	"	5,13	5,27	5,17	5,17	5,02	5,20	5,18	5,15	5,18	5,18	5,07	5,03	5,12	5,13	.
Großhandelspreise (319 W.)	1949 = 100	D	180,6	179,2	178,4	180,1	181,9	177,4	176,9	177,0	178,7	179,6	181,0	182,5	183,3	182,1	181,8
Lebenshaltungskosten ¹²⁾	1. 7. 56—30. 6. 57 = 100	"	130,1	130,4	130,4	130,6	130,3	130,2	130,7	131,9	132,1	132,3	132,7	133,0	133,1	133,2	133,1
Italien																	
Arbeitslose	1000	E	1279	.	.	772	.	.	629	.	.	705	.	.	1093	.	.
Ind. Produktion ¹⁰⁾	1953 = 100	D	165,2	174,1	189,0	178,6	189,5	180,4	190,1	153,8	193,6	193,1	187,9	190,3	186,3	184,6	.
Außenhandel, Einfuhr	Mill. Lire	S	219	247	253	242	260	282	270	215	241	260	255	257	264	257	.
Ausfuhr	"	"	145	192	209	190	206	178	195	180	192	208	183	203	177	199	.
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	2900	2869	2835	2863	2876	2898	2992	3097	3083	3065	3057	3080	2972	.	.
Aktienkurse	1958 = 100	D	192	189	187	193	204	228	238	280	300	272	245	228	250	265	.
Rendite öff. Anleihen	%	"	5,25	5,23	5,28	5,30	5,29	5,23	5,11	5,15	5,13	5,28	5,36	5,34	.	.	
Großhandelspreise	1953 = 100	D	99,5	99,1	98,7	98,6	98,7	98,4	98,6	98,6	98,5	98,0	99,0	99,0	99,1	99,2	.
Lebenshaltungskosten	"	"	115,3	115,1	114,9	114,8	115,0	115,0	115,5	115,7	115,6	115,6	116,1	116,3	116,8	116,8	.
Niederlande																	
Arbeitslose	1000	E	101,7	90,3	70,1	58,7	44,8	41,4	45,4	41,6	39,9	40,2	45,1	61,5	71,4	60,8	46,2
Ind. Produktion, arbeitstägl.	1953 = 100	D	150	154	155	158	162	159	157	152	155	159	158	164	162	165	.
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. hfl.	S	1338	1324	1555	1333	1415	1460	1478	1289	1461	1537	1480	1547	1676	1406	.
Spezialausfuhr	"	"	1090	1258	1365	1187	1254	1222	1237	1164	1390	1402	1371	1365	1353	1212	.
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	1363	1379	1401	1394	1397	1467	1481	1465	1561	1627	1628	1753	1689	1659	1668
Emissionen ¹³⁾	Mill. hfl.	S	207,2	7,9	295,5	93,7	9,3	306,4	109,9	157,1	116,5	114,2	8,7	406,2	117,7	11,9	361,2
Aktienkurse	1953 = 100	D	359	338	338	362	364	413	410	424	408	402	401	391	408	434	446
Rendite öff. Anleihen	%	"	4,29	4,27	4,30	4,29	4,28	4,26	4,29	4,35	4,34	4,34	4,35	4,39	4,39	4,39	4,38
Großhandelspreise	1948 = 100	D	142	141	139	139	139	139	138	137	137	137	137	139	139	139	.
Lebenshaltungskosten	1951 = 100	M	126	126	125	127	126	125	126	126	128	127	126	127	127	127	